

„SIE WURDEN DURCHWEGS GUT BEHANDELT“¹
NS-SKLAVENARBEITERINNEN IM KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNIS DER II. REPUBLIK
von Wolfram Dornik

Das Thema NS-Zwangsarbeit rückte in den letzten Jahren immer mehr in die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion. Dieser Prozess wurde vor allem von der öffentlichen Debatte über die Entschädigung der Opfer der Zwangsarbeit im Dritten Reich in Gang gesetzt. Dies wirft nun die Frage auf, wie sich das Bild der ÖsterreicherInnen von den NS-ZwangsarbeiterInnen in den letzten Jahren entwickelt hat. Welchen Stellenwert hatten ZwangsarbeiterInnen in der öffentlichen Wahrnehmung im Verlauf der Zweiten Republik? Sind/waren sie überhaupt im öffentlichen Gedenken präsent? Werden die Aufbau-, Sicherungs- und Arbeitsleistungen, sowie die Verbrechen an mehr als einer Million Menschen auf Gedenktafeln oder in Danksagungen honoriert? Wie denken Jugendliche über Entschädigung für ein Verbrechen, das mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt? Hat sich das Bild über die ZwangsarbeiterInnen durch die Entschädigungsdebatte geändert?

Der öffentlich-mediale Diskurs über die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen hat erst in den späten 90er Jahren eingesetzt, wurde dann aber auf einer relativ breiten Basis geführt. Zeitungen berichteten täglich/wöchentlich von Fort- und Rückschritten bei den Verhandlungen mit den Opfer-Vertretern. Häufig wurden im Fernsehen oder in Zeitungen Reportagen, Analysen und Leserbriefe veröffentlicht, die auf zwei sehr deutliche Fokussierungen in der Debatte hinauslaufen: Freikaufen von historischer Verantwortung durch materielle Entschädigung auf der einen und möglichst rasche Abwicklung der Verhandlungen – und dadurch möglichst schnelles Beenden der Auseinandersetzung – auf der anderen Seite. Dabei gerieten die ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen häufig in den Hintergrund. So gibt es keine öffentliche Entschuldigung für das Leid, das den Opfern des nationalsozialistischen Systems angetan wurde – weder in Form von Reden noch durch größere Denkmäler oder andere öffentliche Zeichen.

Eine Annäherung an diese Fragestellungen schien anfänglich schwierig zu werden, doch nachdem vier Zugänge gefunden wurden, stiegen die Erwartungen auf umfangreiche Ergebnisse: Der erste (klassisch kulturhistorische) Zugang bestand darin, die österreichische Denkmallandschaft hinsichtlich der ZwangsarbeiterInnen zu untersuchen. Zweitens: Chroniken von Dörfern, Städten, Regionen und Firmen werden in ihrer Funktion als regionale Erinnerungselemente analysiert. Der dritte Aspekt ist die Medienberichterstattung im Rahmen der Entschädigungsdebatte. Als Viertes wurde eine Umfrage an mehreren steirischen Schulen durchgeführt.²

Bevor wir nun auf diese vier Themenbereiche eingehen, soll geklärt werden, welche Kategorien von ZwangsarbeiterInnen in Österreich eingesetzt wurden:³ Die größte Gruppe sind die zivilen ZwangsarbeiterInnen. Diese Gruppe setzt sich aus rund 600.000 zwischen 1938 und 1945 verschleppten oder (zwangs-)rekrutierten ZivilistInnen aus nahezu ganz Europa zusammen. Die nächste Gruppe sind die 190.000 bis 200.000 KZ-Häftlinge von Mauthausen und seinen Nebenlagern, die über fast ganz Österreich verstreut waren. In dieser Kategorie sind bereits die rund 55.000 ungarischen Juden integriert, die seit 1944 zum Bau des „Südost-Walls“ eingesetzt wurden. In der letzten Phase des Krieges wurden sie im Rahmen der „Todesmärsche“ in Richtung Mauthausen getrieben, wobei unzählige Menschen vor Erschöpfung starben oder erschossen wurden. Als letzte Kategorie können die rund 258.000 Kriegsgefangenen beziffert werden, die seit 1939 in der Wirtschaft der „Ostmark“ eingesetzt wurden.⁴

Die Ausdehnung des Begriffs „Zwangsarbeit“ auch auf Kriegsgefangene hat ihre Begründung darin, dass die Gefangenen nach der NS-Rassenideologie unterschiedlich verpflegt beziehungsweise eingesetzt wurden und vielen eine Behandlung nach der Genfer Konvention nicht zuerkannt wurde.

¹Immaculata WAID, Mariazell und das Zellertal. Aus Geschichte und Chronik, [o.O.], 1982, S. 182.

²Dieser Aufsatz basiert auf der Diplomarbeit des Autors: Wolfram DORNIK, ZwangsarbeiterInnen im Kollektiven Gedächtnis der II. Republik, Dipl., Graz, 2001.

³Diese Definition stützt sich überwiegend auf: Florian FREUND, Bertrand PERZ, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945, Wien, 2000, S. 4 ff.

⁴Vgl.: Ebd., S. 23, 116, 139 ff.

So ließ die Wehrmacht 60 Prozent der 3.350.000 sowjetischen Kriegsgefangenen über den Winter 1941/42 verhungern, an Fleckfieber oder in Einsatzkommandos sterben. Eine existenzsichernde Ernährung der Gefangenen wäre auf jeden Fall möglich gewesen.⁵

Die Begriffe „ZwangsarbeiterInnen“ und „SklavenarbeiterInnen“ werden – unabhängig von der juristischen Definition – im vorliegenden Text gleichwertig verwendet, da beide Wörter den Charakter des Systems deutlich widerspiegeln. Wie neuere Forschungen gezeigt haben, waren auch noch 20.000 österreichische Juden und Jüdinnen in der Landwirtschaft, der Industrie und auf Baustellen in der „Ostmark“ und im „Altreich“ beschäftigt. Diese wurden in einem Lager-System organisiert, das unabhängig vom (Außenlager-)System des KZ-Mauthausen war und nur zu einem sehr geringen Teil von der SS betrieben wurde.⁶ In der vorliegenden Arbeit wird diese Form der Zwangsarbeit nicht untersucht, da der dazu notwendige Forschungsstand derzeit noch zu gering ist.

Denkmäler für ZwangsarbeiterInnen

Denkmäler sind wichtige und dauerhafte Zeugnisse öffentlichen Erinnerns. Mit allen Formen der Denkmäler (steinerne Denkmäler, Gedenktafeln, Kreuze, Inschriften u.ä.) wird Erinnerung an positive, aber auch tragische Ereignisse der Geschichte eines gesellschaftlichen Fragmentes in eine fixe Form „gegossen“ und somit zu einem Teil im öffentlichen Leben. Aus diesem Grund ist es von großem Interesse, ob die Einwohner einer Gemeinde oder die Inhaber eines Betriebes an ihre Vergangenheit, in diesem Fall an die NS-Zwangsarbeit, erinnert werden wollen.

In der folgenden Analyse wird untersucht, mit welchen Intentionen Erinnerungsräume für ZwangsarbeiterInnen geschaffen werden. Ist die treibende Kraft Reue, Dankbarkeit oder Gewissensberuhigung? Wollen die Initiatoren an die Grausamkeiten erinnern oder einen Schlusspunkt setzen, um besser vergessen zu können? Unter welchen Rahmenbedingungen – Proteste der Einwohner, das Medienecho – wurden die Mahnmale errichtet? Gibt es Bereitschaft, eine Mitverwicklung in die NS-Zwangsarbeit einzugestehen – sowohl von Seiten der Betriebe und der Kommunen als auch des offiziellen Österreich?

Denkmäler für zivile ZwangsarbeiterInnen sind kaum zu finden. Es erinnert nur wenig in der Öffentlichkeit an ihre Arbeit, an die Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, auch nicht an ihre bloße Anwesenheit, obwohl Ende 1944 fast 600.000 Zivile in der „Ostmark“ eingesetzt waren. Es scheint, als würde ein Bewusstsein für das Unrecht, welches diesen Menschen angetan wurde, nicht existieren. Die zivilen ZwangsarbeiterInnen sind im „steinernen Bewusstsein“⁷ der Österreicher praktisch nicht präsent.

Die Ausnahme, die die Regel bestätigt, liegt im kleinen oststeirischen Ort Ottendorf. Ein Gemeinderat und Hobbyhistoriker stieß bei seinen Recherchen für eine Regionalchronik auf die Ermordung von sechs ukrainischen ZwangsarbeiterInnen durch Angehörige der SS.⁸ Zur Erinnerung an ihre Ermordung stellte er ein Kreuz mit einer Gedenktafel auf, wofür er erst massive Widerstände aus der Bevölkerung und von Vereinen überwinden musste. Die öffentliche Implementierung der Gedenktafel ist äußerst symptomatisch: Die Bevölkerung des Ortes besuchte die „Einweihung“ nur sporadisch, die angeschlossene Diskussion im Dorfgasthaus mit dem Initiator und dem Grazer Historiker Heimo Halbrainer wurde noch weniger frequentiert. Der Pfarrer des Ortes – selbst ein ehemaliger Wehrmichtsangehöriger – ließ es sich dennoch nicht nehmen, die Gedenktafel zu weihen und stellte als symbolischen Akt den roten Teppich der Kirche für die Veranstaltung zur Verfügung.⁹ Mit Ausnahme dieses Denkmals konnte kein weiteres vergleichbares

⁵ Vgl.: Ulrich HERBERT, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn, 1999, S. 156 f.

⁶ Vgl.: Wolf GRUNER, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-45 (= Der Nationalsozialismus und seine Folgen, Band 1), Innsbruck, Wien u.a., 2000.

⁷ Vgl.: Heidemarie UHL (Hg.), Steinernes Bewusstsein. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien, Köln, Weimar, 2 Bände, 2001.

⁸ Vgl.: Engelbert KREMSHOFER, Leben, Lieben und Sterben. Geschichte des Wein- und Thermenlandes, Ziegenberg, 1994, S. 184 f.

⁹ Vgl.: Bildpost, Feldbach, 23. Jahrgang, 48. Woche, Ausgabe 19, Dezember I 1997, S. 3; Gedenktafelenthüllung für die am vorletzten Kriegstag am Krennaweg von der SS ermordeten ukrainischen ZwangsarbeiterInnen Anna

Abbildung 1: Die Enthüllung der Gedenktafel in Ottendorf
Öffentliche Implementierung eines nicht von allen gewünschten Erinnerungsortes.



Quelle: Grüne Akademie Graz

gefunden werden.

Gedenkstätten für KZ-Häftlinge und im Zuge der „Todesmärsche“ nach Mauthausen 1944/45 ermordete ungarische Juden sind hingegen verhältnismäßig häufig. Oft wird in der Nähe von Außenlagern des KZ-Mauthausen, die über fast ganz Österreich verstreut waren, an den Einsatz von KZ-Häftlingen erinnert. In der Nähe dieser Lager sind Gedenktafeln oder Denkmäler zu finden. Ein Beispiel dafür sind mehrere Gedenkstätten für KZ-Häftlinge, die in verschiedenen Steinbrüchen eingesetzt wurden, im Bezirk Leibnitz (Steiermark).¹⁰ Auch die Denkmallandschaft für die ungarischen Jüdinnen und Juden entlang den Routen der „Todesmärsche“ ist relativ dicht.

So existiert zum Beispiel ein Denkmal in Eisenerz (Steiermark), wo am Präbichl im April 1945 200 ungarische Juden von Männern des „Volkssturms“ und lokalen NSDAP-Organisationen erschossen wurden. Vierzehn Verantwortliche wurden noch im Jahr 1945 festgenommen. Ein britisches Militärgericht verurteilte 1946 zehn Angeklagte zum Tod, drei zu zehn Jahren und einen zu sechs Monaten Haft.¹¹

Bei den KZ-Häftlingen und den ungarischen Juden ist das Unrechtsbewusstsein in der Öffentlichkeit stärker. Aufgrund der extremen Brutalität der Verbrechen und der Bilder von ausgepeinigten KZ-Häftlingen sind sie stärker in das Bewusstsein der ÖsterreicherInnen eingedrungen. So wird bei diesen Denkmälern auf die Ermordungen hingewiesen, kaum aber an ihre Aufbau- und Sicherungsmaßnahmen.

Die Denkmalkultur für die NS-Opfer ist seit den 80er Jahren intensiver geworden.¹² Dabei

Braski, Maria, Ivan, Mischko, Dimitro und für die Lebensrettung des Deserteurs Adolf Matzer in Ottendorf an der Rittschein, Österreich, am 12. November 1997, Broschüre, aus: SPURENSUCHE. Die andere Seite des Krieges, Eine Veranstaltung der Grünen Akademie, Graz, 1997; Korso, 52 Jahre Warten auf eine Entschuldigung, Korso, Graz, Nummer 5, 1997, S. 21.

¹⁰Vgl.: Bundesdenkmalamt Graz, Wagna/8435, Afenz, Ereignisdenkmal, Gedstnr. 197, GZ 35207, Filmmr. 00-036, F.Archiv Graz; Bundesdenkmalamt Graz, Wagna/8435, Afenz, Ereignisdenkmal, Gedstnr. 224/3, Filmmr. 00-036, F.Archiv Graz; Brief an den Autor, von LAbg. a. D. Otto Beibl, Quergasse 17, 8430 Leibnitz.

¹¹Vgl.: Neue Zeit, Graz, 13. Jänner 1946, Nr. 11, 2. Jahrgang, S. 1; ebd., Graz, 2. April 1946, Nr. 74, 2. Jahrgang, S.1 f.; ebd., Graz, 30. April 1946, Nr. 97, 2. Jahrgang, S. 1.

¹²Vgl.: Heidemarie UHL, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: Ulf BRUNNBAUER (Hg.), Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld, Wien, 1999, S. 59 ff.

wurde an KZ-Häftlinge und jüdische Verfolgte gedacht, wie zwei große Denkmäler in Wien zeigen: das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus von Alfred Hrdlicka am Albertinaplatz (1988) und das Mahnmal der Londoner Künstlerin Rachel Whiteread am Judenplatz (2000). In diese Reihe ist auch Mauthausen als Gedächtnisort einzureihen. Unzähligen SchülerInnen und BesucherInnen werden an diesem Ort die Verbrechen an KZ-Häftlingen präsent. Somit wird hinsichtlich dieser Opfergruppe ein sehr dichtes Bewusstsein geschaffen.

Auch an die Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen erinnern mehrere Denkmäler. Die Alliierten errichteten nach 1945 für ihre gefallenen Soldaten oder in Kriegsgefangenschaft umgekommenen Zwangsarbeiter Denkmäler. Hier wurden Soldaten und Kriegsgefangene oft vermischt, ohne dass im Inschriftentext darauf hingewiesen wurde. Diese Denkmäler sind im Staatsvertrag¹³ integriert und werden von der Republik Österreich gepflegt. Es ist aber zu beachten, dass diese Mahnmale nicht vom offiziellen Österreich geschaffen wurden, um an die Verbrechen an den ZwangsarbeiterInnen zu erinnern. Die Denkmäler gehen auch nicht auf die Initiative der ortsansässigen Bevölkerung oder Bauherren zurück, sondern auf das Betreiben einer Armee, die oft nicht als Befreier, sondern als Besatzer gesehen wurde. Somit sind sie nur bedingt Teil des österreichischen Kollektiven Gedächtnisses.

Ein Beispiel dafür ist das so genannte „Russendenkmal“ in Kaprun (Salzburg). Auf der Baustelle des Speicherkraftwerkes Kaprun waren unter anderem auch sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt, die unter schwersten Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten. Für sie wurde nach dem Ende des Krieges von der sowjetischen Armee ein Denkmal errichtet, das an die umgekommenen Arbeiter erinnert. Dem Denkmal wird von der ortsansässigen Bevölkerung aber kaum Aufmerksamkeit geschenkt.¹⁴

ZwangsarbeiterInnen in Orts-, Regional-, Stadt- und Firmenchroniken

Chroniken von Städten, Märkten, Dörfern, Landstrichen und Firmen haben im Kollektiven Gedächtnis der BewohnerInnen beziehungsweise MitarbeiterInnen eine große identitätsstiftende Bedeutung. Diese Arbeiten sind nicht nur kurze Beschreibungen regionaler Geschichte, sie tragen zur Schaffung kollektiver Erinnerung bei. Ihr sozialer Stellenwert wird durch Dankesschriften und Begleittexte von Landeshauptleuten, Bezirksobmännern/frauen, BürgermeisterInnen, Landtags- oder Nationalratsabgeordneten, Geistlichen und anderen öffentlichen Personen hervorgehoben. Die öffentliche Implementierung der Chronik erfolgt im Rahmen eines großen Festes mit Blasmusik, Reden, Segnung und ähnlichen konstitutiven Elementen.

In diesem Kontext ist interessant, woran „erinnert“ werden will, woran die BürgerInnen und MitarbeiterInnen „(ge)denken“ wollen. Unter diesen Aspekten soll das folgende Kapitel untersuchen, ob, wie und in welchem Umfang ZwangsarbeiterInnen in den Chroniken erwähnt werden. Kommt es zu Beschönigungen oder werden die Ereignisse verhältnismäßig korrekt dargestellt? Erzählen die Arbeiten auch von den Verbrechen an ZwangsarbeiterInnen?

Für die Analyse wurden 103 Chroniken herangezogen, die die Zeit von 1938 bis 1945 behandeln. In 45 Chroniken konnten keine Hinweise gefunden werden, die restlichen 58 Arbeiten erwähnen ZwangsarbeiterInnen zumindest in Nebensätzen oder umfangreicher. In der folgenden Analyse werden die Orts-, Regional- und Stadtchroniken getrennt von den Firmenchroniken untersucht. Die Arbeiten stammen überwiegend aus der Steiermark, es ist aber davon auszugehen, dass es im Vergleich zu anderen Bundesländern wenig Unterschiede geben wird. Diese Annahme wird auch durch die herangezogenen Arbeiten aus Salzburg, Kärnten, Niederösterreich oder Oberösterreich bestätigt.

¹³Vgl.: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 152. Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Jahrgang 1955, 39. Stück, Ausgegeben am 20. Juli 1955, S. 730.

¹⁴Vgl.: Clemens M. HUTTER, Kaprun. Geschichte eines Erfolgs, Salzburg, Wien, 1994, S. 69 ff., 105-117, 120 ff.; Christoph RANSMAYR, Kaprun, aus: Christoph RANSMAYR, Der Weg nach Suragaya. Reportagen und kleine Prosa, Frankfurt am Main, 1997, S. 75-90.

Stadt-, Orts- und Regionalchroniken

Von der oben genannten Gesamtzahl sind 82 Chroniken von Dörfern, Märkten, Städten oder Regionen. Im Laufe der Untersuchung konnten einige Muster herausgefiltert werden: Die erste deutliche Kategorie sind Chroniken, die zwar die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich behandeln, aber mit keinem Wort das Zwangsarbeits-System erwähnen. Das Erscheinungsjahr bietet in diesem Fall keine weiteren Rückschlüsse, da hier Arbeiten aus den 60er, 80er und 90er Jahren vertreten sind.¹⁵ Als zweite Kategorie können Arbeiten definiert werden, die ZwangsarbeiterInnen in den betreffenden Gemeinden ausführlich erwähnen. Die AutorInnen beschreiben relativ genau die Anzahl, die Einsatzbereiche, die Lebensumstände und die Lager der ZwangsarbeiterInnen. Dies sind überwiegend Arbeiten aus den späten 80er und 90er Jahren.¹⁶

Die nächste Gruppe wird charakterisiert durch Chroniken, die ZwangsarbeiterInnen in mehreren Passagen des Buches erwähnen, sie aber pauschal als „Kriegsgefangene“, „Fremdarbeiter“ oder „Ostarbeiter“ bezeichnen. Die AutorInnen erwähnen aber den „Zwangs“-Charakter und die qualvollen Lebensumstände nur relativierend oder gar nicht.¹⁷ So ist zum Beispiel in der Chronik von Mariazell zu lesen: „Im Sommer 1940 kamen die ersten französischen Kriegsgefangenen nach Mariazell. Sie wurden durchwegs gut behandelt. [...] Im März 1941 kamen die ersten zivilen Ostarbeiter aus Polen und der Ukraine. Sie kamen zur Landwirtschaft.“¹⁸ In manchen Chroniken werden sie überhaupt nur als „Kriegsgefangene“ bezeichnet, wobei jedoch aus dem Kontext deutlich wird, dass es sich auch bei den beschriebenen Personen um Zivilisten gehandelt haben muss. Zwangsarbeit wird hier häufig als kriegspolitische Folge dargestellt.¹⁹ Um nur ein Beispiel zu nennen: „Wie schon im Ersten Weltkrieg, mussten auch jetzt Kriegsgefangene die eingerückten Männer bei der Erntearbeit ersetzen. 1940 sind viele polnische Kriegsgefangene in unser Gebiet zum Arbeitseinsatz gekommen.“²⁰

Die vierte Kategorie wird bestimmt von Chroniken, die ZwangsarbeiterInnen nur in Interviews mit Zeitzeugen oder anderen Quellen (Protokolle des Gemeinderats u.ä.) erwähnen. So erzählen zum Beispiel Zeitzeugen von „Ukrainern“ oder einer „Polin“, die für landwirtschaftliche Arbeiten auf ihrem Hof eingesetzt wurden. Die AutorInnen der Chronik hinterfragen diese Passagen aber nicht. Sie suchen auch nicht nach weiteren Dokumenten, die nähere Informationen geben würden.²¹ Um diese Gruppe zu verdeutlichen, einige Zitate: „Die zunächst erfolgreichen Feldzüge des deutschen Heeres brachten viele Kriegsgefangene auch in das Gebiet der heutigen Steiermark. Bürgermeister Norbert Betschaller fordert beim Landrat in Bruck an der Mur [...] 40 Kriegsge-

¹⁵ Da eine Auflistung dieser Chroniken den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, muss auf den Anhang der Diplomarbeit des Autors verwiesen werden, wo die Arbeiten detailliert aufgelistet sind: DORNIK, ZwangsarbeiterInnen im Kollektiven Gedächtnis, S. 105 ff.

¹⁶ Alfred SEEBACHER-MESARITSCH, Weinitzen. Heimat im Schöckelbergland, Graz, 1988, S. 58 f.; Ingo MIRSCH, Die Geschichte der Marktgemeinde Kalsdorf, Kalsdorf, 1994 S. 251 ff.; Ingo MIRSCH, Die Geschichte der Marktgemeinde Gratkorn, Gratkorn, 1997; Bernhard SAMITSCH, Vereinsgeschichte und „Mündliche Geschichte“, Gratkorn, 1997, S. 213 ff.; Ingo MIRSCH, Die Geschichte der Marktgemeinde Feldkirchen bei Graz, Teil 1, Feldkirchen, 1999, S. 367; Ingo MIRSCH, Die Geschichte der Marktgemeinde Judendorf-Straßengel, Judendorf-Straßengel, 1999, S. 361; Helga PAPST, Kapfenberg, Kapfenberg, 1999, S. 126 f.

¹⁷ Vgl.: Hans BIERBAUM, Gemeindebuch Kohlberg, Kohlberg, 1995, S. 41 f.; Walter BRUNNER, Mühlen. Geschichte einer obersteirischen Gemeinde, Ortsgemeinde Mühlen, 1990, S. 530 f.; Walter BRUNNER, Unterpremstätten im Wandel der Zeit. Unterpremstätten – Oberpremsstätten – Hautendorf. Geschichte des Lebensraumes und seiner Bewohner, Unterpremstätten, 1995, S. 599 f., 602; Robert F. HAUSMANN, Geschichte der Gemeinde, der Pfarre Anger, Band I, Anger, 1997, S. 561 f., 569 f.

¹⁸ WAID, Mariazell, S. 182.

¹⁹ Vgl.: Maria HAMMERL, Grambach. In Geschichte und Gegenwart, Grambach, 1983; HÖRMANN Fritz, Chronik von Werfen, Marktgemeinde Werfen, 1987, S. 499; Johann SCHLEICH, Gniebing-Weißenbach. Heimatbuch, Gemeinde Gniebing, 1985, S. 77. Josef RIEGLER, Geschichte der Gemeinde Thörl, Hausmannstätten/Graz, 1994, S. 589; Gemeinde Kainbach (Hg.), Gemeinde Kainbach. Vergangenheit und Gegenwart, Gemeinde Kainbach, 1997, S. 154 f.

²⁰ Walter BRUNNER, Geschichte von Neumarkt in der Steiermark, Gemeinde Neumarkt, 1985, S. 490.

²¹ Vgl.: Ferdinand HUTZ, Wenigzell. Einst und Heute, Wenigzell, 1996, S. 436, 450 f.; Hugo LUKAS, Chronik der Gemeinde Werndorf, Werndorf, 1997, S. 113; Karl MAYER, Ilz. Ein Heimatbuch, Ilz, 1965, S. 37; Johannes MOSER, Walburga HAAS (Hg.), Stainz bei Straden. Beiträge zu Geschichte und Kultur einer südoststeirischen Gemeinde, Stainz bei Straden, 1997, S. 57. Anton J. FALK, Josef KAUFMANN et al., Großsteinbach, Großhartmannsdorf, Kroisbach. Geschichte und Gegenwart, Gemeinde Großstein, 1998, S. 282.

fangene an, die in der oberen Halle des Graphitwerkes untergebracht werden sollten. Allerdings verzögerte sich die Zuweisung der Kriegsgefangenen.²² Oder: „Am 9. November 1943 erging eine Mitteilung des Ortsbauernführers Franz Schellnegger an die Landwirte der Gemeinde. Die Aussendung [...] enthielt Vorschriften zum Umgang mit Kriegsgefangenen beziehungsweise zur Vorkehrung bei Luftangriffen.“²³ Im Buch über die Gemeinde Stainz bei Straden wird das Thema Zwangsarbeit bis auf die folgende Erzählung nicht erwähnt: „Mein Stiefvater hatte eine Begegnung mit einem russischen Soldaten, welcher ihm gleich seine Taschenuhr samt Kette abnahm. Eine dazugekommene Ukrainerin erklärte dem Russen, dass der alte Vater ein sehr guter Mann sei und er solle ihm seine Uhr belassen. Der Russe gab daraufhin die Uhr tatsächlich wieder zurück.“²⁴

Eine genaue Quantifizierung der einzelnen Gruppen ist – mit Ausnahme der ersten Gruppe – nicht möglich, da die einzelnen Kategorien oft vermengt vorkommen. Ein Beispiel dafür ist die Chronik von Mittersill (Salzburg): Die ZwangsarbeiterInnen, die im Ort beschäftigt waren, werden erwähnt, auch als solche bezeichnet („Zwangsverpflichtete“), ebenso wie Maßnahmen gegen sie. Der Zwangs- und Gewalt-Charakter, der mit ihrer Beschäftigung verbunden war, wird aber marginalisiert.²⁵

Firmenchroniken

Es kann – im Gegensatz zu den Gemeinden und Städten – nicht per se davon ausgegangen werden, dass jeder Betrieb ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hat. Aber aufgrund des sehr hohen Arbeitskräftemangels, mit dem Ende der „Blitzkriege“, trifft dies zumindest für einen überwiegenden Bereich der Industrie zu. Wie bereits in mehreren wissenschaftlichen Arbeiten dargestellt, waren SklavenarbeiterInnen in fast allen wirtschaftlichen Bereichen eingesetzt, natürlich mit Konzentration auf „kriegswichtige“ Branchen wie die Nahrungsmittelproduktion oder die Rüstungs- und Bergbauindustrie.²⁶ Aus diesem Grund wurden vor allem Chroniken von Betrieben der Metall verarbeitenden, Fahrzeug- oder Flugzeugindustrie herangezogen.

Von den insgesamt 103 analysierten Arbeiten sind 21 Firmenchroniken. Von diesen erwähnt ein Großteil (14) nichts über ZwangsarbeiterInnen, in sieben Chroniken konnte hingegen zumindest ein kurzer Hinweis gefunden werden. Allgemein ist festzustellen, dass – wenn Zwangsarbeit in irgendeiner Form erwähnt wird – der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen als kriegswirtschaftliche Notwendigkeit dargestellt wird. Die angespannte Arbeitskräfte-Situation wird ausführlich beschrieben und als Legitimation für den Einsatz von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen oder zivilen SklavenarbeiterInnen herangezogen.

Es wird nicht betont, dass die Firmen die ZwangsarbeiterInnen anfordern mussten. Die Verantwortung wird umgedreht, so als ob die Betriebe dazu gezwungen worden wären, die ZwangsarbeiterInnen einzustellen. Ähnlich wie in den Ortschroniken wird pauschal von „Kriegsgefangenen“ gesprochen, egal ob es sich um zivile ZwangsarbeiterInnen oder wirklich um Kriegsgefangene handelte.²⁷ Bei den Firmenchroniken wird deutlich, dass die AutorInnen in neueren Chroniken das Thema Zwangsarbeit eher integrieren als in älteren Werken. So wird zum Beispiel in der Chronik der Steyr-Daimler-Puch A.G. aus dem Jahr 1964 nichts über ZwangsarbeiterInnen während der NS-Zeit erwähnt. In der neueren Fassung von 1999 wird allerdings in zwei Absätzen in groben Zügen von „Kriegsgefangenen aus slawischen Ländern“ und „Häftlingen aus Konzentrationslagern“

²² Josef RIEGLER, *Geschichte der Gemeinde Thörl, Hausmannstätten/Graz*, 1994, S. 589.

²³ Gemeinde Kainbach (Hg.), *Gemeinde Kainbach. Vergangenheit und Gegenwart*, Gemeinde Kainbach, 1997, S. 154 f.

²⁴ MOSER, HAAS (Hg.), *Stainz bei Straden*, S. 57.

²⁵ Vgl.: Michael FORCHER, *Mittersill in Geschichte und Gegenwart*, Marktgemeinde Mittersill, 1985, S. 242.

²⁶ Vergleiche für das gesamte Dritte Reich: HERBERT, *Fremdarbeiter*; Vergleiche für Österreich während des Nationalsozialismus: FREUND, PERZ, *Zahlenentwicklung*; Reinhard ENGEL, Joana RADZYNER, *Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz. Die verdrängte Geschichte der österreichischen Industrie*, Wien, 1999.

²⁷ Vgl.: Erwin STEINBÖCK, *Lohner zu Land, zu Wasser und in der Luft. Die Geschichte eines industriellen Familienunternehmens von 1823-1970*, Graz, 1996, S. 65; Wernfried HABERFELLNER, Walter SCHROEDER, *Wiener Neustädter Flugzeugwerke Gesellschaft m.b.H.*, Graz, 1994, S. 76, 204; Robert F. HAUSMANN, Erich NEUBAUER, *90 Jahre Binder + CO, Gleisdorf*, 1984, S. 5; Herfried TESCHL (Hg.), *100 Jahre / Steyr-Daimler-Puch-Fahrzeugtechnik AG & Co. KG. 1899-1999*, Graz, 1999, S. 44 f.

berichtet.²⁸ Eine ähnliche Entwicklung ist in den Firmengeschichten der Gebrüder Böhler & Co. A.G. zu bemerken.²⁹

Schlussfolgerungen

Die Analyse der Chroniken fiel sehr fruchtbar aus. Während bei den Ortschroniken in einem erheblichen Teil Hinweise auf ZwangsarbeiterInnen gefunden werden konnten, war die Suche in den Firmenchroniken – vor allem in älteren Arbeiten – weniger ertragreich. Dies war auch erwartet worden, denn Firmen sind kaum bereit, in ihrer Chronik über zwangsweise Beschäftigung und Ausbeutung von Menschen zu berichten. Allerdings ist hier in letzter Zeit eine Änderung des Zugangs eingetreten; die Betriebe sind nun eher dazu bereit, die Verhältnisse in der NS-Zeit korrekt darzustellen. Dies hängt wahrscheinlich mit den veränderten Umständen nach dem Abschluss der Entschädigungsverhandlungen und der Schaffung des „Versöhnungsfonds“ zusammen, da die Firmen nun keine Klagen mehr zu erwarten haben.

Der Unterschied zwischen den Stadt-, Orts- und Regionalchroniken sowie den Firmenchroniken liegt auch darin, dass sich die Kommunen nicht direkt von Entschädigungsklagen von ehemaligen SklavenarbeiterInnen bedroht fühlen. Auf der anderen Seite ist Zwangsarbeit in den Kommunen nicht so leicht verschweigbar, da in Interviews oder anderen Quellen – vermutlich oft unbewusst – Hinweise auf die Thematik gegeben werden. Für die Kommunen ist in den letzten Jahren auch der öffentliche Druck zur Aufklärung der NS-Vergangenheit gestiegen.

Trotz dieser reichlichen Informationen in den Ortschroniken muss festgestellt werden, dass die Leistungen der ZwangsarbeiterInnen nur selten positive Erwähnung finden. Ihre Leiden sind kaum Thema der Darstellungen. Wenn Gräueltaten während der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich behandelt werden, dann hauptsächlich Verbrechen an der ortsansässigen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten oder die Auswirkungen von Bombardierungen, Front und Besatzung. Der Fokus bei den Berichten über ZwangsarbeiterInnen liegt bei Verbrechen an KZ-Häftlingen und ungarischen Juden. So werden die „Judenmärsche“ relativ oft erwähnt, da sie aufgrund ihrer unglaublichen Brutalität und der direkten Nähe des Geschehens eher in das öffentliche Bewusstsein der Menschen einzogen. Die stillen und heimlichen Verbrechen an den SklavenarbeiterInnen sind weniger von Interesse, da die Bevölkerung hier oft direkt involviert war.

Die Medienberichterstattung im Rahmen der Entschädigungsdebatte

Die mediale Diskussion über die Entschädigungen von NS-ZwangsarbeiterInnen begann in Österreich mit den Klagen gegen deutsche Firmen, die auch auf die Creditanstalt/Bank Austria-Gruppe ausgeweitet wurden. Erst im Rahmen dieser Auseinandersetzung rückten die ZwangsarbeiterInnen des Dritten Reiches auf einer breiten und öffentlichen Basis in das Bewusstsein der österreichischen Nachkriegsgeneration.

Bevor auf die Auseinandersetzung in Österreich eingegangen wird, einige Bemerkungen zur deutschen Debatte um Entschädigungen für NS-ZwangsarbeiterInnen: In deutschen Zeitungen wurde häufig die Figur des „gierigen, geldgeilen Anwalts“ konstruiert.³⁰ Dabei wird auf eine automatische Verknüpfung von „geldgierig“ und „jüdisch“ in der antisemitischen Argumentation abgezielt. Es geht nicht um einen „[...] pseudowissenschaftlichen Nachweis, warum die jüdischen Opfer-Anwälte nun angeblich übel seien, sondern es geht um das Hervorrufen von Assoziationsketten [...]“³¹ zu traditionellen rassistischen oder antisemitischen Vorurteilen. So muss es nicht einmal zur Verwendung des Wortes „jüdisch“ kommen, es reicht die Metaphernbildung im Rahmen der

²⁸Ebd.; vgl.: Steyr-Daimler-Puch A.G. (Hg.), 100 Jahre Steyr-Daimler-Puch A.G. 1864-1964, Wien, 1964.

²⁹Vgl.: Gebr. Böhler & Co. A.G./Edelstahlwerk Kapfenberg (Hg.), 500 Jahre Erlachhammer, Kapfenberg; vgl.: Gebr. Böhler & Co. A.G., Edelstahlwerke (Hg.), 1870, 1970. 100 Jahre Böhler Edelstahl, Wien, 1970, S. 64, 68.

³⁰Vgl.: gruppe 3 frankfurt a.m., Ressentiment und Rancune: Antisemitische Stereotype in der Entschädigungsdebatte, in: Ulrike WINKLER (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln, 2000, S. 251-271.

³¹Ebd. 255.

deutlich konnotierten Wörter „geldgierig“ und „Anwalt“ (ähnlich wie in der von Shakespeare konstruierten Figur des „jüdischen Wucherers“ im Kaufmann von Venedig).³² Dabei werden nicht alte Phrasen verwendet, sondern die traditionellen Feindbilder werden „modernisiert“: „Durch verschiedene Metaphernsubstitutionen bzw. -fragmentierungen werden die alten tradierten anti-semitischen Topoi in neue Begriffe transformiert.“³³

Diese These wird auch in Bezug auf die österreichische Medienberichterstattung zu untersuchen sein. Für die Analyse wurden vier österreichische Tagesprintmedien herangezogen. Ausgewählt wurde nach: Reichweite, Zielpublikum, Meinungsspektrum, regionale Verbreitung und (nach subjektiver Einschätzung) „Qualität“ der Zeitung. Von den österreichischen „Qualitätszeitungen“ wurden „Der Standard“ und „Die Presse“ herangezogen. Zwei Medien dieser Gruppe deshalb, weil sie ein differentes Meinungsspektrum haben. Von der Reichweite, der regionalen Verbreitung und der journalistischen „Qualität“ sind sich beide Medien sehr ähnlich. Sie erreichen laut Media-Analyse 2000 Reichweiten zwischen fünf und sechs Prozent, das sind rund 370.000 Leser.³⁴ Laut Eigendefinition ist „Der Standard“ eine „liberale Zeitung“³⁵, „Die Presse“ vertritt eine „bürgerlich-liberale Auffassung“³⁶; das heißt, „Die Presse“ ist eine konservative Zeitung. „Der Standard“ vertritt eine kultur- und wirtschaftsliberale Auffassung. Ein weiteres Charakteristikum der Kommentare des Standard ist, dass häufig dasselbe Thema in der gleichen Ausgabe mit zwei konträren Meinungen beurteilt wird. Das Zielpublikum der beiden Medien ähnelt sich. Beide Zeitungen bemühen sich um die bürgerlichen und gebildeten Schichten wie Angestellte, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, KünstlerInnen, UnternehmerInnen et cetera.

Um das Spektrum der Kleinformate abzudecken, wurden die Produkte „Kleine Zeitung“ und „Kronen Zeitung“ herangezogen. Die „Kleine Zeitung“ ist ein Regionalmedium und bei der Analyse ist zu beachten, dass es als einziges der vier herangezogenen Printmedien, im Wesentlichen nur in zwei Bundesländern (Kärnten und Steiermark) erscheint. Die „Kronen Zeitung“ – ein absoluter Einzelfall in der Medienwelt – entspricht dem Typus der britischen „Tabloids“ mit einer breiten Boulevard-Berichterstattung, einem verhältnismäßig kleinen politischen Teil und umfangreicheren lokalen Meldungen. Die „Kleine Zeitung“ ist mit 836.000 Lesern (12,5 Prozent Reichweite) die zweitstärkste österreichische Tageszeitung hinter der „Kronen Zeitung“³⁷, die mit 2,9 Millionen Lesern (43,4 Prozent Reichweite) das weitaus stärkste Printmedium in Österreich ist.³⁸

Im Meinungsspektrum unterscheiden sich die beiden Zeitungen. Die „Kleine Zeitung“ vertritt, laut Blattlinie, eine „christliche Weltanschauung“ und tritt für eine „plurale demokratische Gesellschaftsordnung“, „soziale Gerechtigkeit“ sowie „für die Eigenständigkeit der Bundesländer“ ein.³⁹ Im Gegensatz dazu ist das Selbstverständnis der „Kronen Zeitung“ weitaus pragmatischer, ihre Blattlinie „ergibt sich aus der Summe der Meinungen der Herausgeber und Redakteure“.⁴⁰ So kommt es in den Kommentaren der „Kronen Zeitung“ wesentlich häufiger zu populistischen Äußerungen als in anderen Medien Österreichs. Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem Zielpublikum der beiden Zeitungen, das sich über weite Teile der Bevölkerung verteilt. Von ArbeiterInnen, Angestellten, Gewerbetreibenden bis hin zu gebildeten Gruppen der Bevölkerung werden beide Zeitungen gelesen. Das wiederum hängt mit der Lokalberichterstattung und dem Meinungsmonopol – vor allem der „Kronen Zeitung“ – zusammen.

Für die konkrete Analyse wurden die (Gast-)Kommentare sowie die veröffentlichten Leserbriefe herangezogen. Diese beiden unterschiedlichen Meinungsgenres in Zeitungen wurden deshalb herangezogen, weil bei Leserbriefen auch eine redaktionelle Entscheidung dahinter steckt, welche Briefe veröffentlicht werden und welche nicht. Die Leserbriefe sollen nicht stark von der Blattlinie

³² Vgl.: Ebd., S. 252 ff.

³³ Ebd., S. 261 ff.

³⁴ Vgl.: Media-Analyse 2000, _HYPERLINK "<http://www.media-analyse.at/frmdata2000.html>" __ www.media-analyse.at/frmdata2000.html _.

³⁵ Vgl.: Der Standard, Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz, 19. Jänner 2001.

³⁶ Vgl.: Die Presse, Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz, 22. Jänner 2001.

³⁷ Vgl.: Media-Analyse 2000.

³⁸ Vgl.: Ebd.

³⁹ Vgl.: Kleine Zeitung, Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz, 19. Jänner 2001.

⁴⁰ Vgl.: Kronen Zeitung (Steirerkrone), Impressum, 2. Jänner 2001.

abweichen. Die Suche nach den Artikeln erfolgte über die Online-Suchsysteme der Internetseiten.⁴¹ Der 31. März 2001 ist Stichtag für die Recherche zu dieser Arbeit. Das hat auf die Ergebnisse keinen großen Einfluss mehr, da der überwiegende Teil der Verhandlungen und Verträge zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen und mit den Auszahlungen begonnen worden war.

Die intensive öffentliche Debatte beginnt mit den letzten Monaten des Jahres 1998. Davor kamen ZwangsarbeiterInnen nur sporadisch, meist in Zusammenhang mit der Präsentation von Forschungsergebnissen, Büchern oder Veranstaltungshinweisen vor.⁴² „Der Standard“ und „Die Presse“ beginnen ab diesem Zeitpunkt eine sehr intensive Berichterstattung über Fort- und Rückschritte der Entschädigungsverhandlungen. Erst langsam beginnen die Medien mit einer etwas genaueren Ausdifferenzierung zwischen den Forderungen von jüdischen Opferverbänden betreffend „Arisierungen“ und Vermögensentzug auf der einen Seite und den Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen auf der anderen Seite.

Immer öfter geraten bei dieser Diskussion die ZwangsarbeiterInnen selbst in den Hintergrund. Der Fokus der Auseinandersetzung liegt auf der Konstruktion: Österreich als Opfer der ungerechtfertigten Klagen von US-Anwälten.⁴³ In diesem Rahmen kommt es in einigen Medien immer wieder zu latent antisemitischen Äußerungen. Wie bereits weiter oben erwähnt, nicht mit offenen Beschimpfungen, sondern mit der im Unterbewusstsein ablaufenden Verknüpfung von „geldgierig“ und „jüdisch“ im antisemitischen Denken.⁴⁴ Folgende Phrasen wurden ausgewählt, um das zu verdeutlichen: „[...] geldgierigen US-Anwälten [...]“⁴⁵, „[...] werden in Zukunft meine Kinder und Enkel jeweils noch einmal findigen amerikanischen Anwälten [...] die Nase vergolden müssen?“⁴⁶ oder: „[...] die notorisch geldgierigen Rechtsvertreter der Zwangsarbeiter“⁴⁷. Ungewohnt deutlich formuliert ein Leserbrief in der „Kronen Zeitung“, was von den Entschädigungsverhandlungen zu halten sei: „Die Wiedergutmachung an ehemaligen jüdischen Mitbürgern ist von einem moralischen Anliegen längst zu einem lukrativen Tummelplatz für prämiengeile Anwälte geworden [...]. Es ist daher auch für die Zukunft zu befürchten, dass sich diese Sorte von Vertragspartnern keineswegs an irgendwelche Abmachungen hält und zu gegebener Zeit mit Drohung und Erpressung schon wieder einen neuen ‚Rechtsfrieden‘ anbieten wird.“⁴⁸

Immer wieder wird in diesem Rahmen vorgebracht, dass Österreich doch Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei und kein offizieller juristischer Nachfolger des NS-Regimes ist.⁴⁹ Ein Beispiel dafür aus der Zeitung „Die Presse“: „Die Tatsache, dass Österreich gar kein Rechtsnachfolger des NS-Regimes ist, stört ihn [Anm.: Edward Fagan] dabei wenig.“⁵⁰ Im Gegensatz zur „Kronen Zeitung“ ist in der „Presse“, wenige Zeilen später, das Eingeständnis der „moralischen Verantwortung“ Österreichs gegenüber den NS-Opfern zu lesen.⁵¹

In Leserbriefen der beiden Kleinformaten wird Zwangsarbeit häufig als kriegspolitische Selbstverständlichkeit dargestellt.⁵² Als Rechtfertigung für diese Meinung wird die Arbeit der Wehrmachtssoldaten während ihrer Kriegsgefangenschaft in alliierten Ländern verwendet: „Wer entschädigt denn unsere Staatsbürger, die ja zum Großteil leider schon verstorben sind, für die Zwangsarbeit während der Gefangenschaft zum Beispiel in Russland?“⁵³ Verständnis für die (völkerrechtlich) andere Situation der NS-ZwangsarbeiterInnen wird nur selten aufgebracht. Genauso wie das Faktum

⁴¹ Vgl.: <http://www.derstandard.at/>, <http://www.diepresse.at/>, <http://www.kleinezeitung.at/>, <http://www.krone.at/>.

⁴² Vgl.: Der Standard, 14.11.1996, 09.10.1997; Kleine Zeitung, 05.09.1996, 17.09.1998.

⁴³ Vgl.: Kronen Zeitung, 28.12.1999, 16.03.2000, 08.05.2000, 16.05.2000, 21.05.2000.

⁴⁴ Vgl.: Die Presse, 10.02.1999, 15.04.2000, 21.03.2001; Kleine Zeitung, 01.03.2000, 15.04.2000, 07.06.2000; Kronen Zeitung, 08.05.2000, 17.05.2000, 06.06.2000, 10.12.2000.

⁴⁵ Die Presse, 10.02.1999.

⁴⁶ Kleine Zeitung, 01.03.2000.

⁴⁷ Kronen Zeitung, 17.05.2000.

⁴⁸ Kronen Zeitung, 06.06.2000.

⁴⁹ Vgl.: Ebd., 31.03.2000, 06.06.2000, 24.06.2000, 10.07.2000.

⁵⁰ Die Presse, 15.04.2000.

⁵¹ Vgl.: Ebd., 15.04.2000, 15.06.2000, 25.10.2000.

⁵² Vgl.: Kleine Zeitung, 22.10.1998, 14.01.1999, 20.06.2000, 01.10.2000; Kronen Zeitung, 11.12.1999, 23.12.1999, 24.03.2000, 28.12.2000, 10.03.2001.

⁵³ Kronen Zeitung, 11.12.1999.

ignoriert wird, dass es sich bei den ZwangsarbeiterInnen quantitativ überwiegend um Zivilisten handelte, die aus fast ganz Europa in das „Großdeutsche Reich“ verschleppt worden waren. Die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge findet zudem in den Kommentaren und Leserbriefen kaum Erwähnung. Wenn nicht das Argument der in Gefangenschaft geratenen Wehrmachtssoldaten bemüht wird, dann werden die fehlenden Entschädigungen für die Vertreibung von „Volksdeutschen“ aus Ost- und Mitteleuropa vorgebracht. Auch für sie werden Zahlungen gefordert, jedoch nicht in einer sachlichen Debatte, sondern in einer gegeneinander ausspielenden Argumentation.⁵⁴

Das einzige Medium, welches sich bedingungslos auf die Seite der Opfer stellte, war „Der Standard“. Vom Beginn der Debatte bis zum Ende versuchten die (Gast-)KommentatorInnen der Zeitung, Verständnis für die Forderungen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zu wecken, und forderten die moralische Verantwortung Österreichs gegenüber den NS-Opfern ein. Auch bei der Debatte über die Rückstellung und Entschädigung für „Arisierungen“ stand „Der Standard“ auf der Seite der Opfer. Die anderen drei Medien waren nicht prinzipiell gegen die Entschädigungen, das Gros der meinungsorientierten Berichterstattung vertritt aber eine ablehnende Haltung. „Die Presse“ nimmt hier eine Mittelstellung zwischen dem „Standard“ und den beiden Kleinformaten ein.

Die Vermutung liegt nahe, dass ZwangsarbeiterInnen in einem breiten Teil der Bevölkerung nicht positiv konnotiert sind, da die beiden größten Medien Österreichs ein überwiegend negatives Bild transportierten. Deshalb wird es wohl auch in naher Zukunft keine Änderung des Stellenwerts der ZwangsarbeiterInnen im öffentlichen Gedenken geben. So sind Denkmäler für die rund eine Million ZwangsarbeiterInnen, im Speziellen für die Zivilen, auch nach dieser Debatte nicht zu erwarten.

Umfrage: Zwangsarbeit im Dritten Reich auf dem Gebiet von Österreich⁵⁵

Zur Verdeutlichung, welches Bild Jugendliche von den NS-SklavenarbeiterInnen haben, wurde eine Umfrage an mehreren Schulen durchgeführt. Die Meinung der SchülerInnen ist deshalb interessant, weil sie noch am wenigsten von bisherigen Diskussionen über die NS-Vergangenheit von Österreich/den ÖsterreicherInnen (wie der Waldheim-Debatte oder der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung) beeinflusst wurden. Auf der anderen Seite wird der Frage nachgegangen, in wie fern Argumentationslinien der (Groß-)Elterngeneration von den Jugendlichen unreflektiert übernommen wurden. Um auf eine gewisse Grundbildung zurückgreifen zu können, wurden SchülerInnen der Oberstufen beziehungsweise der Berufsschulen ausgewählt.

Die Umfrage wurde an acht steirischen Schulen (in Graz und Feldbach) vom 28. November bis zum 12. Dezember 2000 durchgeführt (n = 279). Zu diesem Zeitpunkt befand sich die öffentliche Debatte in Österreich über die Entschädigungszahlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen des Dritten Reiches auf beziehungsweise kurz nach ihrem Höhepunkt. Bei der Auswahl der Klassen wurde besonders Wert auf unterschiedliche Schultypen – es sind BHS, AHS und Berufsschulen enthalten – gelegt. Eine genaue regionale Ausdifferenzierung wurde nicht vorgenommen, da dies aufgrund der starken Durchmischung der Klassen mit Jugendlichen aus ruralen wie auch aus urbanen Gebieten leicht zu Fehlinterpretationen hätte führen können. (So ist zum Beispiel fraglich, wie SchülerInnen aus ländlichen Regionen in einer Grazer Schule eingeordnet werden sollen oder umgekehrt.) Was die Altersstruktur betrifft, so sind 94 Prozent der Befragten zwischen 16 und 19 Jahre alt. Die restlichen sechs Prozent liegen knapp über 19 oder knapp unter 16 Jahre.

Zum Ablauf der Umfrage: Nach Kontaktaufnahme mit den ausgewählten Schulen wurden Klassen nach einer möglichst ausgewogenen Geschlechter-Zusammensetzung ausgesucht. Um möglichst authentische Ergebnisse zu erreichen, wurde immer der gleiche Ablauf gewählt: Kurze Vorstellung, ohne auf das Thema näher einzugehen, Austeilen der Fragebögen und nach dem Einsammeln das Angebot, mit den Klassen über NS-Zwangsarbeit zu diskutieren. Grundsätzlich ist noch

⁵⁴Vgl.: Ebd., 24.10.1999, 25.01.2000, 23.02.2000, 10.03.2000, 26.06.2000, 11.12.2000.

⁵⁵Die Prozentzahlen im Text sind gerundet.

Tabelle 1: Genderdifferenzierung Ist NS-Zwangsarbeit bekannt?

	JA		NEIN	
	%	Häufigkeit	%	Häufigkeit
weibliche Befragte	99,30	135	0,7	1
männliche Befragte	93,70	134	6,30	9

n=279

Tabelle 2: Schulspezifische Auswertung Sind die Lebensumstände bekannt?

	JA		NEIN	
	%	Häufigkeit	%	Häufigkeit
AHS	88,90	96	11,10	12
BHS	79,00	83	21,00	22
Berufsschule	78,80	52	21,20	14

n=279

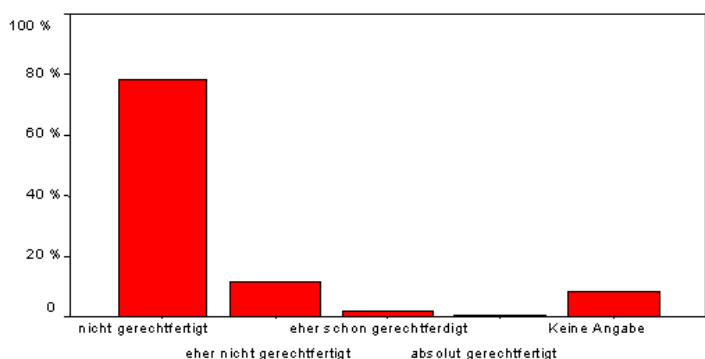
anzumerken, dass die Umfrage nicht als repräsentative Bestandsaufnahme der Meinung aller Jugendlichen in der Steiermark oder gar in ganz Österreich gelten kann. Es konnte lediglich eine Momentaufnahme der Meinung von knapp 280 Jugendlichen gemacht werden, die sich nach den oben beschriebenen Merkmalen differenziert. Der Fragebogen beinhaltete vier große Fragekomplexe mit einigen Unterfragen.

Der erste Fragenkomplex sollte über den Informationsstand der SchülerInnen Auskunft geben, wobei jede/r Einzelne sein/ihr Wissen selbst bewerten musste. So gaben 96 Prozent an, dass sie von ZwangsarbeiterInnen während der NS-Herrschaft in Österreich gehört hatten. Bei einer genaueren Ausdifferenzierung wird erkenntlich, dass die BerufsschülerInnen hier mit etwa sieben Prozent die höchsten Abweichungen aufweisen (nur rund 89 Prozent der BerufsschülerInnen ist Zwangsarbeit bekannt). Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, zeigt sich zwischen den weiblichen und männlichen Schülern ein nicht unwesentlicher Unterschied. Bis auf eine Schülerin ist das Thema allen bekannt, bei den männlichen Befragten gibt es immerhin etwas mehr als sechs Prozent Ausreißer (das sind neun Personen). Die Befragten wurden gebeten, ihre Informationsquellen (Schule, TV, Zeitung, Bücher ...) zu nennen. Rund drei Vierteln der Befragten dienen als primäre Informationsquellen die Schule und die elektronischen Massenmedien (Radio/TV). Weniger oft werden Zeitungen gelesen, und zum geringsten Teil werden Bücher und die Familie angegeben.

Der zweite Fragenkomplex sollte darüber Aufschluss geben, ob die SchülerInnen wussten, wie die Lebensumstände (Unterkunft, Ernährung, Gesundheit ...) der ZwangsarbeiterInnen aussahen. Von allen SchülerInnen wussten 83 Prozent Näheres. Das ist ein überraschend hoher Anteil, der vor der Umfrage nicht erwartet wurde. Dieser Wissensstand muss gleichzeitig relativiert werden, da es sich nur um grobe Kenntnisse der Verhältnisse handelt. So haben viele SchülerInnen das Bild von in Kolonnen schuftenden, ausgemergelten ZwangsarbeiterInnen im Kopf, das im Überwiegenden von Filmen (wie zum Beispiel „Schindlers Liste“ von Steven Spielberg) und Dokumentationen geprägt wurde. Was die geschlechtsspezifische Auswertung betrifft, so wendet sich hier das Bild, das sich bei der ersten Frage abzeichnete: Nur 80 Prozent der jungen Frauen, im Gegensatz zu 85 Prozent der jungen Männer, wissen über die Lebensumstände der ZwangsarbeiterInnen Bescheid. Die BHS und Berufsschulen liegen hier mit einem unterdurchschnittlichen Wert ungefähr gleichauf (Siehe Tabelle 2). Was die Informationsquellen betrifft, so gibt es hier kaum Abweichungen zu den Ergebnissen des ersten Fragenkomplexes.

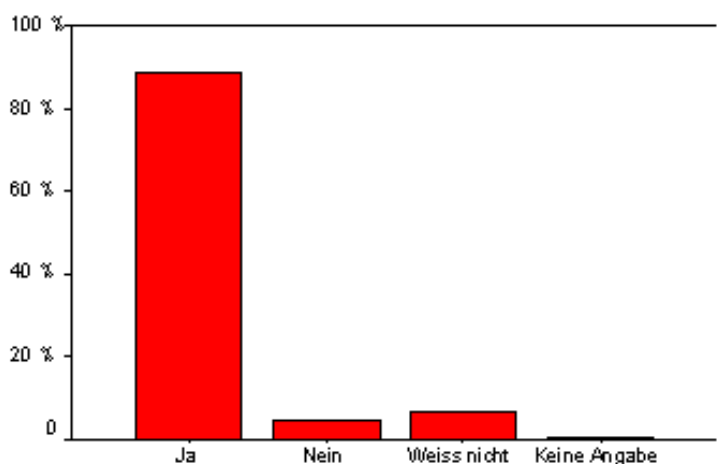
Die Gewährspersonen wurden gebeten, die Lebensumstände der ZwangsarbeiterInnen zu bewerten (siehe Grafik 2). So haben 90 Prozent diese als negativ („nicht gerechtfertigt“, „eher nicht gerechtfertigt“) und nicht einmal zwei Prozent als positiv („eher schon gerechtfertigt“, „absolut gerechtfertigt“) eingestuft. Die positiven Einschätzungen der Lebensumstände werden ausschließlich von (fünf) jungen Männer vorgenommen. Die BerufsschülerInnen brechen – ähnlich wie die männlichen Befragten – aus der Statistik aus, drei von ihnen beurteilen den Alltag der ZwangsarbeiterInnen als positiv. Ein hoher Anteil hat keine Angabe gemacht, darunter über-

Abbildung 2: Waren die Lebensumstände der ZwangsarbeiterInnen ...



n=279

Abbildung 3: Ist Zwangsarbeit mit Sklaverei vergleichbar?



n=279

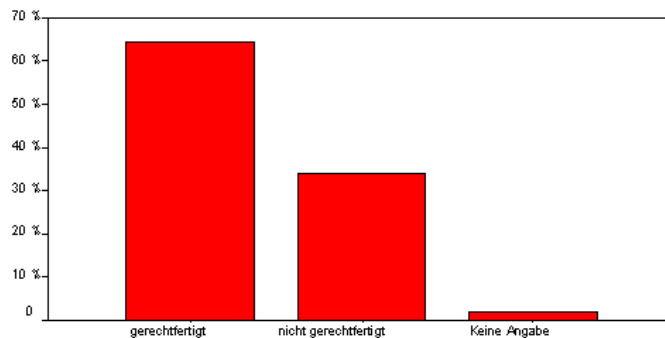
durchschnittlich oft weibliche Befragte.

Die nächste Frage sollte klären, ob die SchülerInnen bereit sind, Zwangsarbeit mit Sklaverei gleichzusetzen. Diese Frage geht von der Prämisse aus, dass Sklaverei in unserer Gesellschaft grundsätzlich negativ konnotiert ist. Damit soll ersichtlich werden, ob Zwangsarbeit ebenfalls als negativ eingestuft wird. 88 Prozent stimmten der Gleichsetzung zu (siehe Grafik 3). Auch hier ist wieder die Gruppe derer, die „Weiß nicht“ ankreuzten, mit sieben Prozent größer als die Gruppe, die Zwangsarbeit mit Sklaverei nicht gleichsetzen wollen (fünf Prozent). Die weiblichen Befragten neigen eher dazu, der Gegenüberstellung zuzustimmen, als die männlichen. Interessant ist die schulische Auswertung: Die Ergebnisse liegen bei der Zustimmung zur Gleichsetzung weniger weit auseinander als bei den bisher genannten Ergebnissen. Die BerufsschülerInnen haben überdurchschnittlich oft „Weiß nicht“ angekreuzt (mehr als neun Prozent).

Am Ende des Fragebogens sollten die SchülerInnen angeben, ob sie die Entschädigungszahlungen für NS-ZwangsarbeiterInnen als „gerechtfertigt“ oder „nicht gerechtfertigt“ empfinden. Es war von Interesse, ob die SchülerInnen aufgrund ihres Informationsstandes bereit sind, den betroffenen Personen Entschädigungen zuzugestehen. Nicht einmal zwei Drittel (64 Prozent) der Gewährspersonen schätzen die Entschädigungszahlungen als „gerechtfertigt“ und mehr als ein Drittel stuft sie als „nicht gerechtfertigt“ ein (siehe Grafik 4). Nicht einmal zwei Prozent machen keine Angabe.

Schülerinnen weisen bei dieser Frage ein ambivalentes Ergebnis auf: Sie empfinden die Entschädigungen weniger häufig als „gerechtfertigt“ als die (männlichen) Schüler. Gleichzeitig lehnen sie die

Abbildung 4: Sind Entschädigungszahlungen gerechtfertigt?



n=279

Zahlungen mit knapp einem Drittel aber auch am wenigsten stark ab. Wie schon mehrmals in der Analyse bemerkt, verweigern sie dafür häufiger eine Antwort. Bei den SchülerInnen von BHS finden die Entschädigungszahlungen die geringste Zustimmung (59 Prozent stufen die Zahlungen als gerechtfertigt ein, 37 Prozent lehnen sie ab).

Die geringe Zustimmung zu den Entschädigungszahlungen ist deshalb auffällig, da die SchülerInnen zu 88 Prozent der Gleichsetzung Zwangsarbeit mit Sklaverei zustimmten und zu 90 Prozent die Lebensumstände als negativ einschätzten. Einen möglichen Aufschluss über diese Ambivalenz gibt die qualitative Analyse des letzten Teils des Fragebogens. Dort sollten die Befragten kurz eine Begründung für eine Ablehnung der Entschädigungen geben.

Folgende fünf Gruppen konnten nach der Analyse der Antworten definiert werden:

1. Zwangsarbeit wird als ungerechtfertigt bewertet, die Entschädigungszahlungen aber als zu gering eingestuft, oder Geld wird als nicht adäquates Mittel für eine Wiedergutmachung angesehen. In diese Gruppe wurden auch jene integriert, die Entschädigungen für die direkt Betroffenen begrüßen, für ihre Angehörigen und Nachkommen (Kinder, Enkelkinder ...) aber ablehnen. Dazu einige Zitate: „[...] eher nicht gerechtfertigt, weil man es nicht wieder gutmachen kann. Aber irgendwie ist es auch besser als nichts“; „Ich finde, das, was die erlebt haben, kann man nicht mit Geld wieder gutmachen!“ Oder: „Zahlungen direkt an die ehemaligen Zwangsarbeiter sind OK, aber nicht an ihre Angehörigen.“
2. Die Gruppe mit der gegenteiligen Meinung im vorher genannten Punkt: Die Entschädigungszahlungen seien zu hoch oder es sei bereits genug bezahlt worden. Antwort-Beispiele: „Weil ich finde, es ist zu viel. [...] Etwas Geld schon, aber nicht soviel!“, „Weil schon einmal Entschädigungen bezahlt wurden.“
3. Das nächste Segment sind SchülerInnen, die Nebeneffekte der Entschädigungszahlungen kritisieren oder latent antisemitische Stigmatisierungen in ihren Aussagen erkennen lassen. Beispielsweise werden die „abzockenden Anwälte“ beanstandet. In diese Kategorie fallen weiters jene, die die fehlenden Entschädigungen für die Vertreibung der Sudetendeutschen und die österreichischen Schäden durch Kriegshandlungen der Alliierten vorbringen. Auch die Opfer-These wird in dieser Gruppe häufig erwähnt. Beispiele sind: „[...] weil dann auch alle, die in Gefangenschaft gelebt haben [Anm.: die österreichischen/deutschen Kriegsgefangenen der Alliierten? – die Kriegsgefangenen der Wehrmacht?] auch Anspruch darauf hätten, jetzt fordern die jüdischen Leute Geld, aber die anderen sollten nichts bekommen!“, „[...] da die Juden nicht konstruktiv verhandeln (siehe EDFAGAN! -> Drecksau)“, „Alle haben leiden müssen – auch Österreicher und Deutsche. Den Sudetendeutschen ist auch nichts geblieben – außer ein Taschentuch zum Weinen“, „[...] es ist sicher sehr schlimm gewesen, aber [...] ich finde, dass Österreich auch irgendwie Opfer von Hitler war. [...]“ Oder: „[...] die reichen Juden, die sind aus Österreich bzw. Deutschland geflohen und jetzt wieder

zurückgekehrt. Und verlangen jetzt Entschädigung, aber sie waren sowieso in Amerika oder anderen Ländern. Und haben den ganzen Krieg nicht miterlebt, also bewusst, und haben meines Erachtens nach keinen Anspruch auf Entschädigung.“

4. Die vierte Kategorie ruft mehr oder weniger deutlich zum Vergessen auf oder will von dieser Problematik gar nichts mehr wissen. Sie wollen auch keine Verantwortung für die (Groß-)Elterngeneration übernehmen. Hier wird oft der lange Zeitraum zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den Entschädigungszahlungen vorgebracht und infolgedessen auch das Argument, dass der Großteil der Betroffenen heute bereits tot ist. Einige Zitate: „Ich finde, 3. Reich, das sollte nun endlich unter die Verjährungsfrist fallen. Nicht vergessen, aber verzeihen!“, „Es war falsch, was damals geschah, aber warum sollen wir 'jetzt' dafür zahlen?“, „Geht mich nichts mehr an bzw. kann ich nichts dafür!“ Oder die prägnante Aussage: „Wie komme ich dazu!“
5. Die letzte Gruppe sind jene, die eine Begründung ihrer Antwort nicht vornahmen und sich somit einer Interpretation verschließen.

Der größte Teil der Antworten ist der ersten und/oder der vierten Kategorie zuzurechnen. Eine genaue quantitative Auflistung, wie viele der Befragten den einzelnen Gruppen zuzuteilen sind, ist nicht möglich. Zu oft sind eine, zwei oder mehrere verschiedene Argumentationslinien in einer Antwort enthalten. Ein Grund dafür ist, wie oben bereits erwähnt, dass die Informationsquellen sehr differenziert sind. So eröffnen sich den befragten Jugendlichen auch verschiedene Zugänge und Meinungen. Vermutlich hatten die SchülerInnen zu wenig Zeit sowie Informationen und auch nicht die Gelegenheit, um über die verschiedenen Eindrücke zu reflektieren und eine klare Meinung zu definieren.

Schlussfolgerungen

Die Umfrage zeigt mehrere interessante Aspekte auf. Zum einen, dass das Thema NS-ZwangsarbeiterInnen von den SchülerInnen in den herangezogenen Schulen überraschend aufmerksam verfolgt wird. 96 Prozent haben zumindest etwas von ZwangsarbeiterInnen im Dritten Reich auf dem Gebiet von Österreich gehört.

Zweitens ist der Widerspruch zwischen der hohen Verurteilung der Lebensumstände (90 Prozent), der hohen Zustimmung zur Gleichsetzung Zwangsarbeit mit Sklaverei (88 Prozent) und im Gegensatz dazu der relativ hohen Ablehnung der Entschädigungszahlungen (34 Prozent) auffällig. Diese Ambivalenz ist durch die unterschiedlichen Argumente bei der Begründung der Antwort auf die letzte Frage ein wenig relativiert worden.

Der letzte interessante Aspekt, der sich aus dieser Umfrage ergibt, ist die große Vielfalt der Argumente, die die SchülerInnen verwendet haben – sowohl für wie auch gegen Entschädigungszahlungen für NS-ZwangsarbeiterInnen. So werden nicht nur Argumente, die direkt nach 1945 zur Abwehr der Entschädigungsforderungen von offiziellen Stellen verwendet wurden (Opfer-These; Österreich ist kein Rechtsnachfolger des Dritten Reiches), vorgebracht, sondern auch der moralisch hoch stehende Einwand, dass mit Geld physische und psychische Qualen nicht ausgeglichen werden können. Das erste hier angesprochene Argument – aber auch andere – lassen darauf schließen, dass im Kollektiven Gedächtnis bei der Argumentationsfindung (auch von Jugendlichen) weit zurückliegende Denkmuster auch heute noch verwendet werden. Alle Argumente konnten nicht erfasst werden. Die Herausfilterung einzelner Gruppen war aber sehr hilfreich und ermöglichte, zumindest einige Tendenzen deutlich zu machen.

Auffällig ist die Parallele zwischen der Argumentation der 3. Gruppe und den Argumenten in den Leserbriefen der „Kleinen Zeitung“ und der „Kronen Zeitung“. Auch Jugendliche verwenden die Verbindung von „geldgierig“ und „jüdisch“ mit mehr oder weniger offen antisemitischen Äußerungen. Dies macht deutlich, dass diese Argumentationsweise nicht nur bei der älteren Generation vorhanden ist, sondern auch von Jungen übernommen wird.

Zusammenfassung

Bei der Strategie der österreichischen Regierungen nach 1945 wird eine Parallele zur „Arisierungs-Frage“ deutlich: Verzögerung und – in Bezug auf die Entschädigungen für NS-SklavenarbeiterInnen – der Versuch, Zeit zu gewinnen. Innenminister Oskar Helmer (in der Ministerratssitzung vom 9. November 1948 zu Forderungen nach „erblosem Vermögen“) hat die Linie der österreichischen Regierungen nach 1945 zu den Entschädigungsforderungen wohl am treffendsten formuliert: „Ich wäre dafür, daß man die Sache in die Länge zieht.“⁵⁶ Aus heutiger Sicht war diese Strategie für die österreichischen Regierungen und die heimische Wirtschaft sehr erfolgreich. Für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen war diese Verzögerungstaktik wohl nicht die ideale Lösung. Sie haben aber für den Wiederaufbau und das Wiedererstarben der österreichischen Wirtschaft nach 1945 zumindest wichtige Vorarbeiten und somit einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Schäden aus den Kriegshandlungen des Zweiten Weltkrieges zu begrenzen.⁵⁷ Ganz abgesehen vom menschlichen Leid, von den biographischen Brüchen und von physischen sowie psychischen Qualen und den Folgen von jahrelanger Schwerstarbeit unter unmenschlichen Bedingungen in einem rassistischen, sexistischen System.

Die zivilen ZwangsarbeiterInnen waren bis 1998 im Kollektiven Gedächtnis der ÖsterreicherInnen nur bedingt präsent. Wie bei der Analyse der Chroniken deutlich wurde, gehörten die ZwangsarbeiterInnen, die in der Landwirtschaft eingesetzt waren, in der Erinnerung der ländlichen Bevölkerung zum Kriegsalltag. Auch bei den Städtern waren die NS-SklavenarbeiterInnen aufgrund der unzähligen Lager in jeder größeren Stadt auf ähnliche Weise präsent. Bei der Nachkriegsgeneration, die keine konkreten Erinnerungen an die Zeit vor 1945 hat, geriet das Thema sehr schnell in Vergessenheit. Erst mit dem Beginn der Entschädigungsdebatte rückte das Thema wieder in eine breitere Öffentlichkeit. Wie die Umfrage unter den SchülerInnen zeigte, ist das Thema sehr präsent, da fast alle zumindest von Zwangsarbeit im Dritten Reich gehört haben.

Eine klare Antwort, warum es bis heute kaum Denkmäler für zivile ZwangsarbeiterInnen gibt, kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Im Laufe der Arbeit wird aber deutlich, dass ZwangsarbeiterInnen häufig als kriegspolitische Selbstverständlichkeit gesehen werden, sowohl in den Chroniken wie auch bei der Medien-Analyse. Das hängt mit der Erfahrung zusammen, dass viele österreichische Wehrmachtssoldaten noch lange nach 1945 in Kriegsgefangenschaft waren. So wird zwischen der Arbeit der Wehrmachtssoldaten in Lagern der Alliierten und der Zwangsarbeit von ZivilistInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden/Jüdinnen kaum ein Unterschied gesehen. Verständnis für die NS-ZwangsarbeiterInnen wird von breiten Teilen der Bevölkerung kaum aufgebracht. Das, obwohl 1945 mehr als ein Viertel der in der „Ostmark“ Beschäftigten zivile ausländische ZwangsarbeiterInnen waren, die in einem unmenschlichen System schufteten mussten.⁵⁸ Kaum eine Branche hatte keine ZwangsarbeiterInnen beschäftigt,⁵⁹ die MitarbeiterInnen der Unternehmen waren im Rahmen des Werkschutzes bei der Bewachung in den Betrieben involviert.⁶⁰ All das behindert die Bereitschaft, über die NS-Sklavenarbeit zu sprechen oder gar eine kollektive Verantwortung einzugestehen.

Mit einer kurzfristigen Änderung dieser Situation in nächster Zeit ist kaum zu rechnen. Langfristig besteht Grund zur Annahme, dass das Thema Zwangsarbeit in Orts-, Regional- und Stadtchroniken vermehrt Eingang findet. Dieser Bereich ist jener, der noch am ehesten die aktuellen Forschungsergebnisse aufnimmt, da in letzter Zeit vor allem junge HistorikerInnen detaillierte und umfangreiche Arbeiten veröffentlicht haben, in die auch heikle Themen – wozu der Nationalsozialismus und die Zwangsarbeit zweifelsfrei gehören – aufgenommen werden.⁶¹ Ähnliches gilt auch für die

⁵⁶Zitiert nach: Robert KNIGHT (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, 2. Aufl., Wien, Köln, Weimar, 2000, S. 146.

⁵⁷Um diese Frage ist ein heftiger Diskurs ausgebrochen, den ich versucht habe, in meiner Diplomarbeit zusammenzufassen: DORNIK, ZwangsarbeiterInnen im Kollektiven Gedächtnis, S. 28-34.

⁵⁸Vgl.: FREUND, PERZ, Zahlenentwicklung, S. 166.

⁵⁹Vgl.: Ebd., S. 82.

⁶⁰Vgl.: HERBERT, Fremdarbeiter, S. 247 ff.

⁶¹Als Beispiel sei hier hingewiesen auf die oben erwähnten Chroniken von Ingo MIRSCH, Fußnote 16.

Firmenchroniken: Nachdem ein Großteil der österreichischen Betriebe, die ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben, in den Entschädigungsfonds eingezahlt hat, wird das Thema wahrscheinlich in die Firmengeschichten aufgenommen werden.

Ob die Entschädigungsdebatte am Stellenwert der ZwangsarbeiterInnen im Kollektiven Gedächtnis tatsächlich grundlegende Änderungen herbeiführen konnte, ist zu bezweifeln. Mit der Auszahlung der Entschädigungen für die NS-SklavenarbeiterInnen sehen die ÖsterreicherInnen wohl ihre Gedächtnis-Arbeit als abgetan an. Denkmäler sind nicht mehr notwendig, das wurde mit Hilfe von Paragraphen und finanziellen Mitteln erledigt.⁶² Ob diese Paragraphen für das nötige Bewusstsein sorgen können, um eine Grausamkeit wie die nationalsozialistische Zwangsarbeit in Zukunft zu verhindern, ist zu bezweifeln. Es war ein Schritt in die richtige Richtung, nur wurde er auf eine finanzielle und juristische Ebene beschränkt. Eine öffentliche Auseinandersetzung sowie die Schaffung von Bewusstsein über die Verantwortung von Einzelpersonen, der Kommunen, der Wirtschaft und die Rückschlüsse daraus, blieben, mit wenigen Ausnahmen, aus. Als Resümee bleibt festzustellen: Für die NS-ZwangsarbeiterInnen war, ist und wird in naher Zukunft wenig Platz im Kollektiven Gedächtnis der ÖsterreicherInnen sein.

⁶²Vgl.: Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), Download von der Homepage des österreichischen Parlaments: <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pm/XXI/A/texte/001/A00180.doc>.